

Stellungnahme

Zur Drucksache 19/1632

Junge Liberale Schleswig-Holstein

Maximilian Mordhorst

Eichhofstraße 27-29, 24116 Kiel

maximilian.mordhorst@julis-sh.de

Zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf der Fraktion SSW:

Der SSW verfolgt aus Sicht der Jungen Liberalen Schleswig-Holstein ein wichtiges Anliegen. Insbesondere angesichts des demografischen Wandels ist es entscheidend, dass junge Menschen stärker in politische Prozesse einbezogen werden. Dies ist zwar durch Regelungen in den jeweiligen Kreisen und Gemeinden bereits möglich und diese sind zu befürworten, jedoch ist allein deswegen eine landesweite Regelung hierzu auch nicht abzulehnen.

Es gibt zu wenig Kinder- und Jugendbeiräte, obwohl auch das Engagement Schleswig-Holsteins in Bezug auf politische Partizipation seitens Kinder und Jugendlicher hervorzuheben ist. Um die Zahl dieser Kinder- und Jugendbeiräte zu erhöhen, ist eine Kompetenzerweiterung ein Mittel, das die Attraktivität erhöhen kann.

Bei einer Änderung des JuFöG sind jedoch weitere Punkte zu bedenken: Bisher setzen sich die Gremien sehr unterschiedlich zusammen. Um eine einheitliche Partizipation zu ermöglichen, muss die Zusammensetzung nicht einheitlich geregelt werden, jedoch wäre es sinnvoll, dies zumindest auf Grundlage von vergleichbaren Standards zu tun. Zudem ist eine Einbindung auch anderer Organisationen zu gewährleisten. Beispielsweise seien hier die Kreisjugendringe und der Landesjugendring genannt. Zuletzt bedarf es nicht weniger als einer Partizipationsoffensive seitens der politischen Akteure, um Kinder und Jugendliche zur Mitarbeit zu motivieren. Dies muss zusammen mit einer Einbindung erfolgen und beispielsweise einen offeneren Umgang mit Fehlzeiten im Ehrenamt oder Anrechnungsmöglichkeiten verschiedener Tätigkeiten zur Folge haben.

Der Gesetzesentwurf der Fraktion des SSW ist daher aus unserer Perspektive begrüßenswert, er sollte jedoch hinreichend modifiziert werden, eingebettet in einen größeren Kontext zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen, mit einer eindeutigen Kompetenzverteilung zwischen Land, Kreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden, um das Problem bei der Wurzel zu packen, mehr Kinder- und Jugendbeiräte in der Fläche zu haben und deren Mitwirkungsmöglichkeiten mittels einheitlicher Standards auch auf Landesebene zu regeln.

Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Maximilian Mordhorst